

EinreicherInnen: Dr. Cornelia Ernst, Dr. Uwe Ewald, Stefan Hartmann,
Susanna Karawanskij, Jürgen Klute, Heiko Kosel, Dr.
Axel Troost

Beratung: 24. März 2012 (Landesvorstand, Landesrat,
Kreisvorsitzende, Fraktionsvorstand)

Thema: Sachsen in Europa – Erster Diskussionsentwurf

- Beschlussvorschlag:**
1. Die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand gibt das Diskussionspapier – Sachsen in Europa innerhalb und außerhalb der Partei sowie an die linken Schwesterparteien in Tschechien und Polen in die Diskussion.
 2. Die Diskussion wird mit der Verabschiedung der europapolitischen Leitlinien „Sachsen in Europa“ beendet und die Erkenntnisse sollen in das Integrierte Landesentwicklungs- und Wirtschaftskonzept Sachsen einfließen.
 3. Die Grundsatzkommission wird beauftragt in Abstimmung mit den AutorInnen des Diskussionspapiers dezentral organisierte Diskussionsangebote zu schaffen und den Diskussionsprozess zu gestalten.
 4. Die AutorInnen des Diskussionspapiers sowie die Grundsatzkommission werden gebeten, dem Landesvorstand Zwischenberichte über den Stand und den Fortgang der Diskussion zu geben.

Politische Botschaft:

Bundeskanzlerin Merkel ihre Einschätzung der Lage. Die EU in den Verträgen von Maastricht und Lissabon verdient keineswegs kritiklose Unterstützung. Infolge der Krise hat eine Renationalisierung der Politik als vermeintlich Alternative zur EU wieder an Zuspruch gewonnen. Sowohl aus der Geschichte heraus, als auch für die jetzige Realität ist es mehr als gefährlich, mit der Euro-Krise die Hoffnung zu verbinden, das Ziel einer europäischen Annäherung und guten Nachbarschaft sei durch einen Kollaps der EU leichter zu bewerkstelligen. DIE LINKE. Sachsen will ihren Beitrag dazu leisten, einen neuen Prozess der europäischen Integration anzustoßen. Die Europäische Union hat nur als Sozialunion und eine Union der Bürgerbeteiligung eine Zukunft.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen:

Veröffentlichung als Beilage in der Landeszeitung

Finanzen:

**Die Vorlage wurde abgestimmt
mit:**

Den Beschluss sollen erhalten:

Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im
Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte,
sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite
Zusammenschlüsse, linksjugend [` solid]

Abstimmungsergebnis:

Dafür:

Dagegen:

Enthaltungen:

1 „Sachsen in Europa“

2 3 4 5 1.

6
7
8
9
10
11 Entwicklungen reflektiert, existiert.

12
13 Grundlegend für diese Diskussion ist der Gedanke, dass seit der Unterzeichnung des Maastrichter
14 Vertrages die Lebensverhältnisse von über einer halben Milliarde Menschen in 27 Mitgliedsstaaten
15 der Europäischen Union wesentlich durch Entscheidungen in "Brüssel" mitbestimmt werden. Zugleich
16 zeigt sich, dass insbesondere in Krisen die nationalen Ökonomien durch die unterschiedlichen
17 Entwicklungsgrade mit den Vertragskonstruktionen der EU (von Maastricht bis Lissabon) nicht mehr in
18 ein ausgeglichenes Verhältnis gebracht werden können.

19 Die Politik hat ihr Primat über die Wirtschaft an die Finanzmärkte abgegeben. Ohne die
20 Zurückeroberung dieses Primats wird es keine alternativen Entwicklungen geben.

21 DIE LINKE. Sachsen versteht es als ihre Aufgabe, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Politik, also in
22 unserem Verständnis die Menschen in diesem Land, die Hoheit auch über dieses entscheidende
23 Politikfeld erringen können.

24
25 Diese Diskussion beginnt mit der Verabschiedung der Eckpunkte „Europa in Sachsen“, die offen für
26 Veränderung in der sächsischen Gesellschaft diskutiert werden. Vor den Wahlen zum Europäischen
27 Parlament 2014 wird auf Grundlage der Diskussionen das Konzept „Sachsen in Europa“
28 verabschiedet, das zugleich Bestandteil des Landesentwicklungs- und Wirtschaftskonzepts der
29 LINKEN. Sachsen wird.

30 31 2. Zur gegenwärtigen Situation in der EU - Wirkungen auf die Regionen

32
33 Die Krise der Europäischen Währungsunion, kurz Euro-Krise, wird häufig als Staatsschuldenkrise
34 Griechenlands, Portugals und anderer Euro-Länder dargestellt. Diese Analyse greift zu kurz und
35 kommt zu völlig falschen Schlussfolgerungen.

36
37 Die Europäische Währungsunion war von Anfang an eine Fehlkonstruktion, weil die Vereinheitlichung
38 der Geldpolitik nicht durch eine Koordination der Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik ergänzt wurde.
39 Eine einheitliche Geldpolitik für eine Gruppe von Ländern mit recht unterschiedlichen
40 Wirtschaftsstrukturen, Arbeitsmärkten und Unternehmenslandschaften führt unter
41 Konkurrenzbedingungen notwendigerweise dazu, dass sich die Unterschiede dieser Länder eher
42 verstärken. Die Europäische Union ist spätestens mit dem Vertrag von Maastricht und der Einführung
43 des europäischen Binnenmarktes 1993 ein Projekt der Staatenkonkurrenz geworden.

44
45 Im Ergebnis sind die Staaten „schlanker“ geworden, soziale Leistungen und Rechte wurden abgebaut,
46 die soziale Absicherung gegen Lebensrisiken wie Krankheit oder Erwerbslosigkeit wurden immer
47 stärker zusammengestrichen, die Bildung verkümmert und die öffentliche Infrastruktur – seien es nun
48 Straßen, (Hoch-)Schulen, Versorgungsnetze oder Abwassersysteme – verfällt immer mehr.
49 Zugleich findet ein Steuerwettlauf statt, der seine Basis in der einseitigen und völlig überzogenen
50 Wettbewerbsphilosophie der EU-Wirtschaftspolitik hat, in der Solidarität völlig vernachlässigt wird. Die
51 derzeitigen Schuldenprobleme vieler Euro-Staaten sind zu einem erheblichen Teil durch einen
52 Rückgang ihrer Steuereinnahmen bedingt, weil die Steuern für Unternehmen und vermögende
53 Privatpersonen gesenkt und die reale Eintreibung genau dieser Steuern immer systematischer

54 vernachlässigt werden. Auch in einigen Regionen Süd- und Westdeutschlands ist es längst üblich,
55 dass um Unternehmensansiedlungen mit dem Argument geworben wird, das Finanzamt vor Ort würde
56 schon mal ein Auge zudrücken.

57
58 Die EU – und in noch stärkerer Form die Euro-Zone – ernten mit der derzeitigen Krise die logischen
59 Früchte ihres Leitbildes: Im Wettlauf gibt es nur einen oder wenige Gewinner, und Gewinner gibt es
60 nur, wo es auch Verlierer gibt. Und die Verlierer werden von den Märkten bestraft. Während allerdings
61 Unternehmen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen verschwinden können, ist das Verschwinden
62 ganzer Gesellschaften hingegen unmöglich.

63
64 Wie sehr sich die Euro-Zone in der Konkurrenz auseinanderentwickelt hat, zeigen die dramatischen
65 Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen. Vor allem Deutschland hat mit seiner aggressiven
66 Exportorientierung mittels Lohndrückerei und Sozialabbau (Agenda 2010, Rente mit 67 etc.) seine
67 europäischen Konkurrenten niederkonkurriert. Deutschland hat von 2000 bis 2010 über 1000 Mrd.
68 Euro an Exportüberschüssen gegenüber dem Ausland aufgehäuft, der größte Teil davon gegenüber
69 den EU-„Partnern“. Im gleichen Maße, wie Deutschland Exportüberschüsse erwirtschaftet hat,
70 mussten andere Länder Importüberschüsse hinnehmen, denn die Überschüsse der einen sind immer
71 die Defizite der anderen. Allein die Euro-Krisen-Länder Griechenland und Portugal haben im gleichen
72 Zeitraum 377 Mrd. Euro an Leistungsbilanzdefiziten aufgehäuft und mussten sich dieses Geld
73 überwiegend im Ausland leihen. Die Krise der Euro-Zone ist daher vor allem und zuerst eine
74 Auslandsschuldenkrise ganzer Länder (inkl. der Auslandsschulden der Privaten Haushalte, Banken und
75 Unternehmen) und nicht primär eine Staatschuldenkrise der öffentlichen Haushalte.

76
77 Ohne ein Gegensteuern gegen die Leistungsbilanzungleichgewichte durch eine koordinierte
78 Wirtschafts-, Sozial-, und Fiskalpolitik und durch einen Strukturwandel auch in Überschussländern
79 wie Deutschland (inkl. der Umorientierung vom Export auf die Binnenwirtschaft) ist die Währungsunion
80 nicht überlebensfähig.

81
82 Es ist sicher richtig, dass es nicht Aufgabe der Linken ist, die EU in ihrer bestehenden Form zu
83 befestigen. Die EU in den Verträgen von Maastricht und Lissabon verdient keineswegs kritiklose
84 Unterstützung. Genauso falsch und mit Blick auf die deutsche und europäische Geschichte zugleich
85 brandgefährlich ist die Annahme, das Ziel einer europäischen Annäherung und guten Nachbarschaft
86 sei durch einen Kollaps der EU leichter zu bewerkstelligen.

87
88 Die Aufgabe besteht darin, einen neuen Prozess der europäischen Integration anzustoßen, in dem
89 Europa und die europäische Union nicht allein als Wirtschaftsraum, sondern als ein gemeinsamer
90 Sozialraum gedeihen kann, in dem die kulturelle Vielfalt eine gegenseitige Bereicherung darstellt und
91 nicht als Vorwand für Konflikte herhalten muss.

92
93 Am Beginn der Europäischen Union stand die Idee, durch ökonomische Verflechtung der
94 Gründungsmitglieder eine europäische Friedensordnung zu schaffen. Es zeigt sich aber im Laufe der
95 Entwicklung der EU, dass die ökonomische Integration allein nicht ausreicht. Eine Friedensordnung
96 bedarf ebenso sehr auch der sozialen und politischen Integration.

97
98 3. Nationalismus – Verhältnis der EU zu den Nationalstaaten

99
100 Nach dem deutschen Faschismus und zwei mörderischen Weltkriegen, in denen Deutschland und die
101 Nationalstaatsidee eine Schlüsselrolle gespielt haben, muss die Idee des Nationalismus als historisch
102 unwiderrufbar diskreditiert betrachtet werden. Sie kann deshalb keine Option linker Politik sein!

103
104 Nun kann man natürlich darauf verweisen, dass der Nationalstaat den Rahmen für die Entwicklung der
105 europäischen Sozialstaaten und Rechtsstaaten gebildet hat. Das gilt sicher für einen Teil der EU-
106 Staaten, insbesondere für die EU-Gründungsländer, für die skandinavischen Ländern und für
107 Großbritannien. Allerdings wurde der Sozialstaat im nationalstaatlichen Rahmen nicht freiwillig von

108 der Kapitaleseite gewährt. Vielmehr wurde er von den Gewerkschaften der Kapitaleseite mühsam in
109 jahrzehntelangen sozialen Kämpfen abgerungen. In Deutschland hat der Sozialstaat vor allem in den
110 Jahren nach den beiden Weltkriegen aufgrund der seinerzeitigen besonderen gesellschaftlichen
111 Kräfteverhältnisse entscheidende Fortschritte erfahren.

112
113 Zudem haben die europäischen Sozialstaaten die Ausbeutung der so genannten dritten Welt zur
114 Voraussetzung. Dieser Aspekt wird allzu oft nur am Rande wahrgenommen. Der Nationalstaat ist also
115 auch aus dieser Perspektive ambivalent. Seine historischen Wohltaten richten sich nur an seine
116 Bürgerinnen und Bürger, an die, die dazu gehören. Wer nicht dazugehört, hat nicht nur keine
117 Ansprüche, sondern zahlt für den Sozialstaat oft genug noch mit. Mit anderen Worten: Gerechtigkeit
118 ist im nationalstaatlichen Rahmen nur beschränkt möglich. Auf die globale Herausforderung an
119 Gerechtigkeit und auch an ein ökologisches Wirtschaften gibt er keine hinreichende Antwort.

120
121 Was für die oben genannten Länder im Blick auf den Nationalstaat gilt, gilt aber für alle EU-
122 Mitgliedsstaaten. Die drei Länder Spanien, Portugal und Griechenland haben sich erst Mitte der
123 1970er Jahre aus rechten Diktaturen befreien können und erst zu diesem Zeitpunkt den Übergang in
124 moderne Gesellschaften und Ökonomien begonnen. Formal ist in diesen Ländern der Sozial- und
125 Rechtsstaat zwar noch innerhalb des Nationalstaatkonzept aufgebaut worden. Substantiell konnte er
126 aber nur mit der Unterstützung der EU aufgebaut werden. Ohne die Gelder aus den Kohäsionsfonds
127 der EU (bzw. der Vorgänger der EU) hätten diese Länder keine funktionierenden Sozialstaaten
128 aufbauen können, jedenfalls nicht in so kurzer Zeit, wie es geschehen ist.

129
130 In dieser historischen Phase der EU war die Struktur- und Regionalpolitik dazu vorgesehen, die
131 ökonomischen Ungleichheiten und die Ungleichheiten der Lebensbedingungen innerhalb der EU
132 einander anzugleichen. Für Deutschland mit seinen relativ hohen Standards war das nie ganz
133 unproblematisch. Erst unter dem Druck des erstarkenden Neoliberalismus in den 1990er Jahren hat
134 sich die gefährliche Vorstellung durchgesetzt, dass Ungleichheit nicht als ein zu überwindendes
135 Problem zu betrachten sei, sondern als Motor der Entwicklung.

136
137 Unter diesem Vorzeichen haben die Nationalstaaten seit den 1990er Jahren forciert begonnen,
138 sozialstaatliche Errungenschaften abzubauen. Allen voran die deutsche Bundesregierung. Sie versucht
139 die nationalen Parlamente mehr und mehr als „Abnickgremien“ zu missbrauchen. Ihren Einfluss im Rat
140 nutzt sie, um dem Europäischen Parlament die seit 1999 errungenen Mitentscheidungskompetenzen
141 streitig zu machen und es soweit wie möglich zurückzudrängen versucht, wie am Beispiel des sog.
142 Fiskal-Paktes sichtbar wird!

143
144 Eingebettet ist dieser Prozess in tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt infolge
145 informationstechnologischen Fortschritts. Diese Veränderungen der Arbeitswelt bedingen ihrerseits
146 tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere eine Verschiebung der gesellschaftlichen
147 Machtverhältnisse, die sich in zunehmender Arbeitslosigkeit und daraus resultierenden
148 Machtverlusten der Gewerkschaften sowie zunehmender atypischer Arbeitsverhältnisse ausdrücken.
149 Somit sind die Gewinne aus dem technischen Fortschritt (Rationalisierungsgewinne) in den letzten
150 Jahrzehnten vor allem der Kapitaleseite zugute gekommen. Ziel linker Politik ist es, den technischen
151 Fortschritt in sozialen und demokratischen Fortschritt zu übersetzen. Dies wird nur auf europäischer
152 Ebene zu erreichen sein.

153
154 Sachsen besitzt als eigenständige Region die Möglichkeit, dieser Tendenz auf verschiedenen Wegen
155 entgegen zu steuern, insbesondere durch effektive Nutzung der Chancen, die sich aus den
156 europäischen Fördermöglichkeiten ergeben. Sächsische Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke
157 können durch Mitwirkung im Rahmen Operationeller Programme sozialen Ausgleich anstreben und die
158 Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in grundlegenden Bereichen unterstützen.

159
160
161

162 4. Europa demokratisieren

163
164 Eines der Kernprobleme der EU ist ihr Demokratiedefizit. Dieses wird nicht einfach damit aufgehoben,
165 dass die Rechte des Europäischen Parlamentes gestärkt werden. Das muss zweifellos auch
166 geschehen, genügt aber nicht.

167
168 Eine neue Stufe der politischen Integration Europas kann nicht hinter dem Rücken der europäischen
169 Bevölkerung durchgesetzt werden. Das derzeit praktizierte Durchregieren der nationalen Regierungen
170 kann keine Lösung sein. Daher muss die Macht des Rates begrenzt, die des Europäischen
171 Parlamentes erhöht werden.

172
173 Im Gegenzug ist die regionale Beteiligung an gemeinschaftlichen Beschlussverfahren der EU zu
174 verstärken, um die Interessen Sachsens deutlicher auf der EU-Ebene einzubringen und eine
175 transparente Vermittlung von EU-Initiativen auf regionaler und lokaler Ebene möglich zu machen.

176
177 Eine Reform der politischen Institutionen der EU ist notwendig. Vor allem muss diese dazu dienen, die
178 Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen über die Zukunft Europas einzubinden. Europa braucht
179 eine lebendige Demokratie, in der das Europaparlament innerhalb der EU zentraler Entscheidungsort
180 wird, die Rechte der nationalen Parlamente gestärkt und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger
181 deutlich erweitert werden. Es geht darum, einen gesamteuropäischen politischen Raum zu schaffen.
182 Dazu gehören auch europäische Parteien und transnationale Listen für die Europawahlen. Der
183 Wettstreit um politische Alternativen ist Voraussetzung und Motor der Vergemeinschaftung der EU.
184 Die EU-Kommission muss beispielsweise auch an die Mehrheitsverhältnisse des Europäischen
185 Parlamentes gebunden werden und einzeln durch das EP gewählt werden. Die direkte Beteiligung der
186 Bürger könnte mit einer Europäischen Bürgerinitiative verbessert werden, sie muss aber eine
187 rechtliche Bindungswirkung erhalten.

188 Ebenso muss aber auch über eine Stärkung der Demokratie in den Mitgliedsstaaten nachgedacht
189 werden. Nationale Volksentscheide sollte es auch in der Bundesrepublik geben. In allen
190 Bundesländern muss es kompetenzstarke Europaausschüsse und Europa als eine durchgängige
191 Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Ausschüssen geben. Europäische Politik muss in den
192 Parlamenten und außerhalb derer strukturell verankert und transparent gemacht werden.

193 194 5. Ein linker, sächsischer Beitrag für eine europäische Bürgerdemokratie

195
196 Europas Bürger leben in Regionen. Alles, was politisch auf EU-Ebene entschieden und vollzogen wird,
197 kommt dort an. Daher muss für uns in Sachsen die Region der Ansatz für jedwede und daher auch
198 europäische Politik sein. Eine der größten Herausforderungen ist es, „den Bürger/die Bürgerin“ zum
199 Akteur/Akteurin aller wesentlichen Entscheidungen in den Regionen werden zu lassen. Unser Leitbild
200 von der Zukunft Sachsens als Region in Europa schließt daher die Befähigung der Bürger/Bürgerin ein,
201 politische Entscheidungen über und in ihrer Region nicht nur nachzuvollziehen, sondern real zu
202 beeinflussen. Das ist das Allgemeine.

203 Das Besondere ist, das sich für Sachsen eine Spezifik auf Grund der längsten EU-Binnengrenze gibt,
204 die nicht mehr trennt, sondern verbindet. Diese Besonderheit ist dann eine Chance, wenn Sachsen
205 von seinen Bürger/innen als kooperative Region aufgefasst wird und diese territoriale Besonderheit
206 nicht nur rein territorial versteht, sondern historisch-kulturell, politisch, wirtschaftlich und sozial.
207 Damit leisten die Bürgerinnen und Bürger im Dreiländereck einen unverzichtbaren Beitrag zu
208 europäischen Integration. Dieser Prozess wird aber nur dann nachhaltig sein, wenn er von den
209 Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar getragen wird. Und auch das hat etwas mit notwendiger
210 demokratischer Teilhabe zutun. Grenzüberschreitende Kooperation muss daher einen deutlich
211 höheren Stellenwert in der sächsischen Politik erhalten.

- 212 • Dazu gehört der Ausbau regionaler Prozesse durch Stärkung der Planungsregionen, regionale
213 Entwicklungsziele, die von den Bürger/innen unmittelbar bestimmt werden, Stärkung
214 regionaler und lokaler Vernetzungen der Wirtschaft, Kultur, Sozialpolitik. Regionen brauchen
215 mehr Eigenverantwortung, weniger staatlicher Kontrolle aus der Dresdner Residenz.

- 216 • Nutzung der Kohäsionspolitik zur Stärkung regionaler Strukturen und Akteure: Die EU-
217 Kommission schlägt in ihren Verordnungsentwürfen zur neuen Fördermittelperiode nach 2013
218 vor, das Partnerschaftsprinzip deutlich zu stärken. Das heißt, dass Vertreter der
219 Zivilgesellschaft, besonders aus dem Umweltbereich, den Nichtregierungsorganisationen und
220 aus der Förderung von Gleichstellung und Nichtdiskriminierung in die Erarbeitung der
221 Zielstellungen für die Operationellen Programme einbezogen werden sollen. Damit können
222 Entwicklungsziele in den Regionen genauer bestimmt und Erfolge verstetigt werden. Um
223 regionale Entwicklung weiter zu fördern müssen wir uns bundesweit dafür einsetzen, dass die
224 gravierenden landespolitisch bedingten Unterschiede in der Beantragung von EU-Mitteln
225 abgeschafft und einheitliche Standards und Formulare in der gesamten Bundesrepublik
226 geschaffen werden. Dadurch werden Kooperationen zwischen innerdeutschen Regionen
227 erleichtert und transparent. Der Freistaat Sachsen sollte Regionalbudgets einrichten, die auf
228 die Bedürfnisse nachhaltiger regionaler Entwicklung abgestellt sind und innerhalb der
229 Regionen den Bürger/innen mehr Freiheit bieten, eigenständige Entscheidungen zu treffen.
230 Mehr Vertrauen in die Regionen und ihre Bürger ist eine Voraussetzung dafür.
- 231 • Wir brauchen eine verstärkte Länderkooperation innerhalb Deutschlands. Dafür müssen
232 Konzepte auf den Tisch, unter Einbeziehung regionaler Akteure: Beispiel – verbindlicher
233 Ausbau der Städtekooperationen, aber auch Kooperationen im ländlichen Raum, Ausbau der
234 Kooperationen regionaler Akteure, z.B. der Hochschulen, Kultureinrichtungen,
235 Wissenschaftseinrichtungen
- 236 • Ausbau der Kooperation im Dreiländereck: In der Fördermittelperiode nach 2013 erhält
237 grenzüberschreitende Kooperation einen deutlich erhöhten Stellenwert und Mittel. Sachsen
238 und die benachbarten Regionen benötigen regional untersetzte Konzepte zur
239 Weiterentwicklung der entsprechenden Euroregionen. Transnationale grenzüberschreitende
240 Kooperation muss vor allem im Bereich der gemeinsamer Umwelt- und Energiepolitik (das
241 schließt die Auseinandersetzung mit der Atompolitik ein), Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik
242 (gemeinsame Fachkräftepolitik und nicht bloßes Abwerben der Besten nach Deutschland
243 z.B.), Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Feuerwehr,
244 Rettungsdienste ff. weiterentwickelt werden.
- 245 • Herausragende Bedeutung kommt der Bildung zu: Unser Schulsystem und unsere
246 Schulbildung in Sachsen sollte die Nachbarschaft zu Polen und Tschechien mitdenken und
247 berücksichtigen. Das betrifft allgemeine Schulhalte, Allgemeinbildung „über den Nachbarn“,
248 aber auch Sprachförderung (nicht nur im grenznahen Raum) Jede/r Jugendliche in Sachsen
249 sollte wenigstens einmal ein Praktikum in Polen oder Tschechien absolvieren. Ähnliches sollte
250 auch für die Jugendlichen aus den angrenzenden Bezirken unserer Nachbarländer gewährt
251 werden.
- 252 • Unterstützung demokratischer und emanzipatorischer Kräfte: Kampf gegen
253 menschenfeindliche Ideologien in den drei Ländern, gemeinsame Aktionen (siehe Sachsen:
254 Dresden 13. Februar). Bekämpfung von Antiziganismus und Unterstützung von Roma-
255 Organisationen zur Entwicklung starker Interessenvertretungen für die Gleichberechtigung
256 von Minderheiten wie in Tschechien, Nutzung der Erfahrungen beispielsweise der Sorben.
257 Unterstützung von LSBT-Organisationen (Lesben-Schwule-Bisexuelle und Trans-
258 Organisationen) wie beispielsweise in Polen

260 6. Europäische Fördermittelpolitik in Sachsens Regionen

261
262 Mit dem Beitritt ärmerer Staaten zur EU seit 2004 und durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sind
263 auch die Unterschiede zwischen Arm und Reich innerhalb der EU drastisch angewachsen. Rumänien
264 und Bulgarien haben ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von ca. einem Drittel des durchschnittlichen EU-
265 BIP. Sinn und Zweck der EU-Struktur- und Regionalpolitik ist der wirtschaftliche, soziale und
266 territoriale Zusammenhalt und der Abbau der großen Unterschiede zwischen den 271 Regionen.
267 Sachsens Regionen haben seit 1991 zu den ärmsten und am meisten unterstützten Regionen der EU
268 gehört. Seit 1991 flossen ca. 15 Mrd. Euro in Sachsens Wirtschaft, Wissenschaft,

269 Technologieentwicklung, Beschäftigungspolitik und in die Landwirtschaft. Wesentliche Infrastruktur
270 einschließlich neuer Arbeitsplätze wurde damit entwickelt. In der gegenwärtigen Förderperiode sind
271 das 5 Mrd. Euro.

272 In der neuen Fördermittelperiode nach 2013 fallen sämtliche ostdeutschen Regionen aus der EU-
273 Höchstförderung. Die Region Leipzig verlor die Höchstförderung bereits 2007 (phasing out).

274 Da gegenwärtig die neuen Konditionen für die weitere Struktur- und Regionalpolitik nach 2013 auf
275 europäischer Ebene verhandelt wird, sind alle Regionen gefordert, sich jetzt in diesen Prozess
276 einzubringen. Unsere Forderungen als LINKE in Sachsen sind dafür:

277
278 1. Wir verlangen auf Grund der gewachsenen Armut innerhalb der EU eine Erhöhung des EU-
279 Haushaltes zulasten der Mittel für Militarisierung und Sicherheitspolitik und die Einführung der
280 Finanztransaktionssteuer in der EU. Wir fordern die Bundesregierung auf, wenigstens dem
281 Kommissionsvorschlag zu folgen und nicht, wie im Rat der EU angekündigt, ihren Beitrag für
282 den EU-Haushalt zu kürzen, weil damit die Mittel für die Struktur- und Regionalpolitik spürbar
283 verringert würden.

284 2. Der Abbau von Armut in der EU ist nur möglich, wenn mit der verhängnisvollen Sparpolitik in
285 den Mitgliedstaaten Schluss gemacht wird und in der EU eine soziale Fortschrittsklausel in
286 alle Verträge eingeführt wird. Daher setzen wir uns dafür auf nationaler und europäischer
287 Ebene ein.

288 3. Wir setzen uns dafür ein, dass die aus der Höchstförderung heraus fallenden Regionen, wie
289 zum Beispiel die ostdeutschen Regionen einschließlich der Phasing-Out-Regionen, wie Leipzig,
290 eine Übergangsförderung (Zwischenkategorie) erhalten, die zwei Drittel des bisherigen
291 Förderumfangs beträgt. Der Kofinanzierungssatz muss weiterhin 75% betragen, wenn die
292 Stabilisierung der Infrastruktur in diesen Regionen gewährt werden soll. Alles andere würde zu
293 spürbaren Abbrüchen in der Infrastrukturentwicklung führen und hätte verheerende
294 Auswirkungen auch auf die Beschäftigungspolitik. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren
295 im Rat verfochtenen Sonderweg einer anderen Übergangsförderung endlich fallen zu lassen
296 und sich dafür einzusetzen, dass die Zukunft dieser Regionen nicht zur Verhandlungsmasse im
297 Rat wird.

298 4. Das Beispiel Leipzig zeigt, dass allein die Berücksichtigung des Bruttoinlandsproduktes für die
299 Förderhöhe unzureichend ist. Wir wollen, dass weitere Kriterien Berücksichtigung finden, wie
300 der demografische Wandel, Arbeitslosigkeit oder regionale Nachteile.

301 5. Wir setzen uns dafür ein, dass mit den Struktur- und Regionalpolitik ursächlich nicht
302 zusammenhängende Restriktionen und Bedingungen für die Mittelgewährung in den Regionen
303 abgeschafft werden: Antidiskriminierung und aktive Armutsbekämpfung, zum Beispiel durch
304 die Auflegung von Landesarmutsprogrammen, muss Bestandteil dieser Politik werden. Statt
305 mehr Restriktion muss es um den Abbau von Bürokratien und Erleichterung der Nutzung von
306 EU-Mitteln für regionale Akteur/innen gehen. Die EU muss eine Ausgleichsunion zum Abbau
307 von Armut und Diskriminierung werden.

308
309 7. Sachsen als Region in Europa weiterentwickeln

310
311 Der Entwurf eines praktischen politischen Programms für Sachsen in Europa erfordert ein
312 Grundverständnis zu einem Europa der Regionen.

313
314 Europäische Integration als Politik des Friedens, der Solidarität und des sozialer Fortschritts
315 verbunden mit national vermittelter regionaler und lokaler Identität. Aus diesen beiden Seiten
316 (europäische Integration und regionale Identität) eines modernen Regionenverständnisses leiten sich
317 verschiedene Konsequenzen ab.

318
319 (1) Europäische Integration vermittelt sich über einen ‚Mechanismus‘ der Mehr-Ebenen-Governance, in
320 welchem die Regionen allerdings nicht hierarchisch unter der nationalen und Europa-Ebene steht,
321 sondern eher in einem Dreiecksverhältnis eine eigenständige Rolle im Verhältnis zu Europa und der
322 Bundesebene spielt.

323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375

(2) Regionale Identität auf der anderen Seite ist nicht als ‚Sachsenmythos‘ zu verstehen, sondern bezieht sich neben der Region Sachsen ebenso auf grenz- und landesübergreifende Regionen, die sich aus funktionalen Zusammenhängen (Wirtschaft, Tourismus, Verkehr ...) mit anderen Regionen ergeben. „Region“ ist deshalb ein amorpher raumbezogener Begriff, der nicht starr z.B. durch administrative Grenzen bestimmt wird, sondern etwas mit der praktischen und unmittelbaren Lebensgestaltung der Menschen zu tun hat.

(3) Eine dritte Ebene ergibt sich aus der grenzüberschreitenden und trans-regionalen Verbindung zwischen Regionen in Europa, die gestützt auf regionale Eigenständigkeit (wie sie jedenfalls für Sachsen als Bundesland gegeben ist) wechselseitig sinnvolle Beziehungen auch temporärer Art eingehen. Naheliegend sind Euregios im unmittelbar grenzüberschreitenden Bereich oder länderübergreifend aber auch zwischen Regionen, deren Territorien nicht unmittelbar aneinander grenzen, können Beziehungen eingehen. Gerade unter dem Aspekt politischer Gestaltungskraft scheinen in dieser grenzüberschreitenden und trans-regionalen Verbindung von Regionen in Europa Potenziale zu stecken, die Handlungsspielräume in der EU ermöglichen (die Subsidiaritätskontrolle ist im Bereich der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Regionalparlamenten dafür ein Beispiel.)

Politische und parlamentarische Strukturen und Kommunikation sollten in Gestalt ihrer individuellen Akteure und Gruppen langfristig auf dieses Regionenverständnis ausgerichtet werden. Das betrifft Akteure in Gebietskörperschaften ebenso wie Parteistrukturen oder parlamentarische Institutionen und Aktivitäten.

Der hier angedachte Ansatz wendet sich also ausdrücklich von regionalem Egoismus und Provinzialismus ab, der sein höchstes Ziel darin sieht, möglichst viele Fördermittel für die eigene Region zu ergattern und im übrigen auch in der Zusammenarbeit mit anderen Regionen primär den eigenen Vorteil im Auge zu haben (siehe Abwerbung von medizinischem Personal aus Polen und Tschechien mit der Folge kritischer Zustände im Gesundheitswesen in diesen Ländern.) Dieser Provinz-Egoismus ist tendenziell auch immer mit Renationalisierungstendenzen verbunden, die Fremdenfeindlichkeit und Abgrenzung befördern.

B) Aufgaben der LINKEN. Sachsen in der grenzüberschreitenden politischen Arbeit

1.

Sachsen ist auf Grund seiner geografischen Lage im besonderen Maße geeignet, eine Brückenfunktion zwischen Ost-, Mittelost- und Westeuropa zu erfüllen. Zudem ist es als Bundesland, das in direkter Nachbarschaft zu Polen und Tschechien liegt, unmittelbar politisch, kulturell, wirtschaftlich, ökologisch und auf andere Weise mit den beiden Nachbarn verbunden. Dies ist hinsichtlich des Grundsatzes linker Europapolitik, eine Europa von unten zu gestalten, eine verstärkte Herausforderung an den Landesverband der Partei.

2.

Die Bilanz bisherigen Wirkens der Partei zeigt neben Erfolgen und Innovationen linker Politik insgesamt noch Schwächen auf den unterschiedlichsten Ebenen und in den verschiedenen Bereichen. Aufgebaute Kontakte und partnerschaftliche Beziehungen gilt es weiter zu verstetigen und institutionell zu verankern. Die Koordinierung und Profilierung einzelner Einrichtungen (Büros der MdEP, der MdB und MdL vor allem des Grenzraumes), von Zusammenschlüssen der Partei, die europapolitisch aufgestellt sind, und von europapolitisch links angesiedelten Nichtregierungs- und Nichtparteiorganisationen ist zu verstärken.

Neue elektronische Vermittlungstechnologien müssen auch der Europapolitik gewidmet sein (z.B. www.lavka.info), deren Vernetzung mit anderen europaweiten medialen Netzwerken angestrebt werden.

376 Die traditionellen Formen wie z.B. die Europafeste im Vogtland (Bad Elster) und in der Oberlausitz
377 (Bautzen) bilden einen guten Ausgangspunkt für die Präsentation unserer europapolitischen
378 Positionen auf Straßen und Plätzen.

379 Grenzlandtourneen beiderseits der Grenzen mit linken Politikern sowie gemeinsame Beratungen zu
380 politischen Problemen mit linken Politikern Polens und Tschechiens sollen insbesondere in
381 Vorbereitung und Gestaltung des Europawahlkampfes verstärkt zur Erarbeitung und Präsentation
382 gemeinsamer Positionen genutzt werden.

383
384 Das Kooperationsabkommen von linken Fraktionen der beiden Länderparlamente Sachsens und
385 Brandenburgs und der Regionalparlamente Polens und Tschechiens vom Jahre 2004 hat sich als
386 effektive Form der Zusammenarbeit der Abgeordneten erwiesen. Es ist bundesweit beispielhaft und
387 hat in seinem Gefolge auch zur engeren Partnerschaft von Parteistrukturen beigetragen. Diese
388 Kooperationsbeziehungen sollen weiter vertieft werden.

389
390 Zugleich sollten wir uns als LINKE Sachsen in öffentliche Veranstaltungsformen und in die öffentliche
391 Auseinandersetzung um europapolitische Themen stärker einbringen. Dazu gehört die Beteiligung an
392 „Interkulturellen Wochen“, und „Europawochen“ in Sachsen.

393
394 DIE LINKE. Sachsen wird in Zusammenarbeit mit parteinahen Bildungsträgern (Rosa-Luxemburg-
395 Stiftung, Vereine wie Europaklub International e.V.) langfristig ihre Bildungsarbeit auch
396 europapolitisch ausrichten. Es sind mehr Bildungsmöglichkeiten vorhanden als genutzt werden. Es
397 herrscht kein Mangel an Themen, der Mangel besteht in deren Abforderung bei den Bildungsträgern.

398
399 Die LINKE. Sachsen muss sich europapolitisch stärker engagieren und profilieren und erkennen, dass
400 Europapolitik keine Politik neben der „eigentlichen“ nationalen, regionalen Politik ist, sondern mit
401 allen Politikebenen engstens verbunden ist.

402
403 Die Landespartei und ihre Gliederungen, vor allem die Kreis- und Ortsverbände, haben sich in
404 Anbetracht der 2014 anstehenden Europawahl über eine gemeinsame Strategie europapolitischen
405 Wirkens frühzeitig zu verständigen..
406